

Resolution der TRANSNET-Ortsverwaltung Bonn

Börsengang?
Teilprivatisierung?
Eigentumssicherungsmodell?
Volksaktien-Modell?
Steinbrück-Holdingmodell?

Das bahnpolitische Chaos ist perfekt.

Die Mitgliederversammlung der TRANSNET-Ortsverwaltung Bonn fordert den Vorstand der TRANSNET, die Bundesregierung, den Deutschen Bundestag und den Bundesrat auf, den angestrebten Börsengang der Deutschen Bahn AG umgehend zu stoppen.

Angesichts der Ablehnung des Börsengangs durch die große Mehrheit der Bevölkerung, durch den Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB), durch die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di, durch den Dachverband der Verbraucherzentralen (vzbv) und durch fast alle Umwelt- und Verkehrsverbände, ist es unverantwortlich, den Börsengang und die Teilprivatisierung weiterhin zu forcieren.

Der Eigentümer der Deutschen Bahn AG, die Bundesrepublik Deutschland, muss die finanzielle und uneingeschränkte Verantwortung für den Erhalt und den Ausbau des Schienennetzes übernehmen. Angesichts der Klimakatastrophe und des Kollaps des Straßenverkehrs ist es unabdingbar, in Deutschland ein leistungsfähiges Schienenverkehrssystem zu etablieren. Stattdessen droht die Stilllegung von bis zu 10000 Kilometer Schienenstrecken.

Die Arbeitsplätze bei der Deutschen Bahn AG können dauerhaft nur unter staatlicher Regie gesichert werden. Die negativen Beispiele ehemaliger Staatsunternehmen, z.B. die Deutsche Telekom AG, machen deutlich, wie börsennotierte Unternehmen mit den Menschen und ihren Arbeitsplätzen umgehen.

Die Deutsche Bahn AG ist als Staatsunternehmen konkurrenzfähig. Das zeigt der Blick nach Österreich und in die Schweiz. Wie sonst konnten große Firmenkäufe getätigt werden, wie der Kauf der Güterverkehrssparte der Niederländischen Staatsbahnen (Railion Nederland), der Kauf der Güterverkehrssparte der Dänischen Staatsbahnen (Railion Denmark), der Kauf des amerikanischen Logistikern Bax Global, der Rückkauf der Spedition Schenker, das Joint Venture mit der Russischen Staatsbahn (RZD) und der Verkauf des größten deutschen Immobilieneigentümers, der Fa. Aurelis Real Estate, an den Baukonzern Hochtief?

Der Wettbewerb auf der Schiene kann und muss bei einer staatlichen Deutschen Bahn AG sichergestellt und ausgebaut werden. Deshalb muss die Bundesnetzagentur gesetzlich gestärkt werden. Hier hilft der Blick nach Österreich und in die Schweiz. Dort herrscht sowohl ein reger Wettbewerb auf der Schiene als auch ein gutes Miteinander zwischen den Staats- und Privatbahnen.

Der Börsengang und die Teilprivatisierung führen in die Sackgasse. Die Politik muss den Irrweg an die Börse stoppen. Die TRANSNET ist gefordert, ihrer Verantwortung als Arbeitnehmerorganisation in der Bahnbranche gerecht zu werden.